

3844/J XX.GP

der Abgeordneten Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr
betreffend Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht

1997 hat der Wiener Landtag eine Resolution zur Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht verabschiedet. Diese alte, völlig unzeitgemäße gesetzliche Vorschrift steht vielfach im Widerspruch zur Zielsetzung, den Radverkehr zu attraktivieren. Ein zügiges Vorankommen ist auf den markierten Radwegen oft nicht möglich, manche Radwege führen sogar zu Konflikten mit dem Fußgängerverkehr.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Teilen Sie die Ansicht des Wiener Landtags, daß die generelle Radwegebenutzungspflicht aufgehoben werden soll?
2. Wenn ja, werden Sie einen entsprechenden Gesetzesbeschluß herbeiführen?
3. Wenn nein, welche Argumente sprechen gegen eine Aufhebung der generellen Radwegebenutzungspflicht?
4. Welche Studien, Gutachten bzw. Untersuchungen liegen zum Thema „Pro und Contra Radwegebenutzungspflicht“ vor bzw. sind in Arbeit?
5. Sehen Sie einen sachlichen Unterschied zwischen der Radwegebenutzungspflicht im Ortsgebiet bzw. außerhalb des Ortsgebietes?
6. Welche Maßnahmen werden Sie konkret setzen, um noch 1998 bzw. spätestens 1999 eine Änderung der derzeit geltenden generellen Radwege - Benützungspflicht herbeizuführen?